

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Monika Ende

Der Individualrechtsschutz des Unionbürgers

Gleichheitssatz und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
als Elemente des gemeineuropäischen ordre public

Shaker Verlag
Aachen 1997

Gliederung

Seite

Einleitung

7

A. Unionsbürgerschaft: Rechtlich mehr als nur ein Wort?

10

I. Das Rechtsstaatsprinzip in der Europäischen Union

10

II. Unionsbürgerschaft und allgemeiner Gleichheitssatz des Gemeinschaftsrechts

13

1. Mittelbare Gleichheit der Unionsbürger über den Grundsatz der Gleichheit aller Mitgliedstaaten in der Europäischen Union

13

a) Die rechtliche Gleichheit der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union

13

b) Föderalismus bzw. Regionalismus als notwendige Voraussetzung der Gewährleistung des Prinzips der Gleichheit aller Mitgliedstaaten

15

c) Verbleibende Gleichheitsdefizite für den einzelnen Unionsbürger

17

2. Unmittelbare Gleichheit der Unionsbürger über die Unionsbürgerschaft

17

a) Die Bedeutung der Staatsangehörigkeit im Hinblick auf die Diskriminierungsverbote des EG-Vertrages

17

b) Die Bedeutung des allgemeinen Gleichheitssatzes im europäischen Gemeinschaftsrecht

20

aa) Die Entwicklung des allgemeinen Gleichheitssatzes in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes

20

bb) Der allgemeine Gleichheitssatz als Basis des Gemeinschaftsgrundrechtes auf Gleichheit

23

aaa) Wertende Rechtsvergleichung in Zeit und Raum

23

	Seite
bbb) Der Gleichheitssatz in den Verfassungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union	25
c) Der Anwendungsbereich des Gemeinschaftsgrundrechtes auf Gleichheit im Verhältnis zum Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK	26
3. Erweiterung des Anwendungsbereiches des gemeinschaftsrechtlichen allgemeinen Gleichheitssatzes im Hinblick auf die Unionsbürgerschaft aufgrund des gemeinschaftsrechtlichen Verfassungsgrundsatzes der Rechtsstaatlichkeit	29
a) Die Bedeutung des gemeinschaftsrechtlichen allgemeinen Gleichheitssatzes über Art. 6 EG-Vertrag hinaus	29
b) Die drei Ebenen des gemeinschaftsrechtlichen allgemeinen Gleichheitssatzes	31
III. Mögliche Rechtswirkungen des allgemeinen Gleichheitssatzes bei der Inländerdiskriminierung	33
1. Allgemeiner Gleichheitssatz und Inländerdiskriminierung	33
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Ausprägung des gemeinschaftsrechtlichen Rechtsstaatsprinzips	34
3. Individualrechtsschutz des Unionsbürgers auch bei Inländerdiskriminierungen	37
a) Inländerdiskriminierung als Lücke im Individualrechtsschutz des Unionsbürgers	37
b) Gemeinschaftsrechtliche Einzelfallgerechtigkeit anstelle unzulässiger Kompetenzerweiterung	39
c) Die Gleichheit der Unionsbürger vor der Gemeinschaftsrechtsordnung in Verbindung mit dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit als Basis des Individualrechtsschutzes bei Inländerdiskriminierungen	40
Ergebnis	42

	Seite
B. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als gemeinschaftsrechtliches Korrektiv für den Unionsbürger belastende Maßnahmen der Gemeinschaftsorgane	43
I. Der Grundrechtsschutz des Unionsbürgers beim Erlass und der Durchführung der Bananenmarktverordnung	43
1. Rechtliche Bewertung der Ungleichbehandlung durch die Bananenmarktverordnung im Hinblick auf das Diskriminierungsverbot des Art. 40 Abs. 3 Unterabsatz 2 EGV	44
2. Das Gemeinschaftsgrundrecht auf Eigentum	46
3. Das Gemeinschaftsgrundrecht auf Berufsfreiheit	48
a) Gemeinschaftsrechtliche Gemeinwohlbelange als Bewertungskriterium	48
aa) Gemeinwohlbelange als abstrakte Grenze der Gemeinschaftsgrundrechte	48
bb) Konkrete Prüfung der Gemeinwohlbelange bei der Bananenmarktverordnung	50
b) Der Wesensgehalt des Gemeinschaftsgrundrechtes auf Berufsfreiheit	52
c) Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	54
II. Effektiver Rechtsschutz in durch die Bananenmarktverordnung erzeugten Härtefällen	56
1. Effektiver Rechtsschutz nach Art. 19 Abs. 4 GG im einstweiligen Rechtsschutzverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	56
a) Sachverhalt	56
b) Kriterien für die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes	57

	Seite
2. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Kollisionsbereich zwischen deutschem Grundrechtsschutz und den Gemeinschaftsgrundrechten	59
3. Die Notwendigkeit einer Härteklauseel als durch den gemeinschaftsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bedingtes Korrektiv	60
a) Mögliche Instrumentarien für Härtefälle in der Bananenmarktverordnung	61
b) Vorläufiger Rechtsschutz im Gemeinschaftsrecht	62
c) Grundrechtsbedingtheit der Härtefallregelung	65
d) Wahrung des gemeinschaftsrechtlichen Gleichheitssatzes für die Kriterien eines Härtefalles	67
III. Paletta II und das europarechtliche Institut des Rechtsmißbrauchs	68
1. Sachverhalt und Problemstellung	68
2. Die Auslegung der Verordnung 574/72/EWG in der Entscheidung Paletta I	69
3. Wirtschaftliche und soziale Abwägung von Arbeitnehmer und Arbeitgeberinteressen in der Entscheidung Paletta II	71
a) Erneute Vorlage durch das Bundesarbeitsgericht	71
b) Berücksichtigung des Rechtsmißbrauchs als gemeinschaftsrechtlichen Rechtsgrundsatz in der Entscheidung Paletta II	72
4. Wahrung des gemeinschaftsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	75
Ergebnis	78

	Seite
C. Gleichheitssatz und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Elemente des gemeineuropäischen ordre public	81
I. Gemeinschaftsrechtliche Rechtsgrundsätze und ordre public européens	82
1. Der Inlandsbezug in der europäischen Gemeinschaftsrechtsordnung	82
2. Der ordre public der Europäischen Menschenrechtskonvention	83
3. Die sich herausbildende Werteordnung der Europäischen Union und der gemeineuropäische ordre public	84
II. Die Bedeutung des Individualrechtsschutzes durch Richtlinien im Privatrecht	87
1. Die fehlende horizontale Direktwirkung als Lücke im Individualrechtsschutz des Unionsbürgers	87
2. Die Bedeutung von gemeinschaftskonformer Auslegung und Staatshaftung für die Schließung der Lücke im Individualrechtsschutz des Unionsbürgers im Privatrecht	88
a) Gemeinschaftskonforme Auslegung	88
b) Staatshaftung für gemeinschaftswidrige Nichtumsetzung der Richtlinie	91
aa) Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes in der Rechtssache Dillenkofer	92
bb) Durch das Demokratieprinzip gebotene Lücke im Individualrechtsschutz beim derzeitigen Integrationsstand der Europäischen Union	93
3. Individualrechtsschutz durch Gemeinschaftsrecht im Kollisionsrecht zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	94

	Seite
III. Der gemeineuropäische ordre public im Anwendungsbereich des gemeinschaftsrechtlichen Verbraucherschutzes	96
1. Fallübergreifende Bedeutung der Problemstellung von Haustürgeschäften deutscher Urlauber in Spanien	96
2. Verbraucherschutz als Vertragsziel der Europäischen Union	97
3. Der gemeineuropäische ordre public im Verhältnis der Mitgliedstaaten zueinander im Regelungsbereich einer Richtlinie	99
a) Verpflichtung des Mitgliedstaates zur Anspruchsgewährleistung aus einer den Unionsbürger begünstigenden Richtlinienbestimmung im Privatrecht	99
b) Die kollisionsrechtliche Verweisung auf das gemeinschaftswidrige Recht eines anderen Mitgliedstaates als <i>venire contra factum proprium</i>	100
c) Anwendung des gemeinschaftskonformen innerstaatlichen Rechts zur Schließung der durch die Anwendung des gemeineuropäischen ordre public entstandene Rechtslücke	103
Ergebnis	106
Literaturverzeichnis	108